

Übergangsregierung statt Angriffskrieg: Einer politischen Lösung zum Durchbruch verhelfen

Wir sind erleichtert, dass die unmittelbare Drohung der USA Syrien anzugreifen, zurückgestellt wurde. Die militärische Machtprojektion bleibt indes aufrecht – und damit die Situation explosiv.

Seit Anbeginn des Konflikts lehnen wir jede ausländische Einmischung ab, insbesondere jene des Westens unter dem Deckmantel von humanitärer Hilfe und Demokratieexport. Nicht nur weil wir Neokolonialismus aus Prinzip ablehnen. Sondern auch ganz konkret, weil die Einmischung maßgeblich daran beteiligt war, eine friedliche demokratische Volksbewegung in einen blutigen konfessionellen Bürgerkrieg zu verwandeln. An dessen Ursprung liegt die Weigerung des Assad-Regimes, ernsthafte demokratische und soziale Reformen zuzugestehen. Stattdessen wurde der Volksprotest gewaltsam niedergeschlagen. Bis heute wird mit aller Härte nicht nur gegen die bewaffneten Aufständischen, sondern auch gegen ihre Unterstützerbasis in der Zivilbevölkerung vorgegangen.

Doch die rasch einsetzende ausländische Einmischung vor allem durch die Türkei und die Golfstaaten hat die Spirale der Militarisierung und der Konfessionalisierung massiv angetrieben. Die Dschihadisten und auch andere Islamisten zahlen mit konfessioneller Münze zurück und verbreiten Angst und Schrecken unter den Minderheiten – und nicht nur unter diesen.

Mit einem US-Militärschlag würde das große konfessionelle Schlachten erst richtig beginnen und alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen.

Der einzige Weg um aus der Katastrophe herauszukommen und den Bürgerkrieg zu beenden, ist eine politische Lösung auf der Basis eines geopolitischen Kompromisses zwischen den USA und Russland. Doch dieser stellt nur den globalen Rahmen dar. Er ist eine notwendige Bedingung, aber keine ausreichende, denn der innere Konflikt enthält weiterhin ein autochthones Moment.

Daher bedarf es eines baldigen Waffenstillstands. Möglich ist ein solcher aber nur, wenn es in einem wechselseitigen Prozess auch zur Bildung einer Übergangsregierung kommt, die die Situation stabilisieren und einen demokratischen Prozess einleiten könnte. An dessen Ende sollten dann freie Wahlen stehen. Das heißt, dass die herrschende Gruppe ihren alleinigen Anspruch auf die Macht aufgeben muss. Die Opposition muss indes anerkennen, dass das Regime einen Teil der Bevölkerung vertritt (die Allawiten und teilweise die anderen Minderheiten eventuell auch *volens volens*).

In diesem politischen Kampf um eine auf einen Kompromiss aufgebaute Übergangsregierung gilt es die demokratischen, sozialen und unabhängigen Kräfte zu unterstützen und damit der weit fortgeschrittenen konfessionellen Spaltung und Aufteilung des Landes entgegenzuwirken.

Leo Gabriel, Obmann-Stvtr. SÜDWIND und Intern. Rat des Weltsozialforums; Fritz Edlinger, Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen; Muna Duzdar, Rechtsanwältin und SPÖ-Abgeordnete zum Wiener Landtag; Waseem Haddad, Religionswissenschaftler aus Lattakia, Universität Wien; Wilhelm Langthaler, Antiimperialist; Heinz Hödl, Geschäftsführer der Koordinierungsstelle der österr. Bischofskonferenz für Entwicklung und Mission; Franz Sölkner, ehem. Gemeinderat; Angela Waldegg, Matthias Reichl, Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit; Waltraud Schauer, ehem. Menschliches Schutzschild im Irak; Paula Abrams-Hourani, Frauen in Schwarz; Peter Unterweger, ehem. Sekretariatsmitglied des Int'l Metallgewerkschaftsbundes; Joan Unterweger, Informatikerin; Kurt Kann, Int'les Solidaritätsforum; George Nicola, Palästinensische Gemeinde Österreich